

# Landesarchiv unterstützt ehemalige Heimkinder bei der Aktenrecherche

Opfer von Gewalt und Missbrauch erhalten Anerkennungsleistung durch bundesweite Stiftung

STUTTGART. „Die Zahl der Anfragen von Betroffenen steigt stetig“, sagt Nastasja Pilz. Sie ist Projektbearbeiterin im „Dokumentationsprojekt Zwangsunterbringung 1949–75 in Baden-Württemberg“. Betroffene – das sind Menschen, die als Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder Psychiatrie untergebracht waren und oft leidvolle Erfahrungen gemacht haben.

Diese Menschen waren bisher außen vor, wenn es darum ging, anzuerkennen, dass sie in staatlichen, privaten oder kirchlichen Einrichtungen Gewalt, Missbrauch oder Zwangsmaßnahmen ausgesetzt waren. Der „Fonds Heimerziehung“, aus dem Anerkennungsleistungen beantragt werden konnten, stand ehemaligen Heimkindern zur Verfügung, die über das Jugendamt in Heime eingewiesen wurden.

## Landesarchiv leistet Grundlagenarbeit

Behinderte Kinder wurden über das Sozialamt in Einrichtungen überführt und waren somit nicht antragsberechtigt. Seit 2017 gibt es die „Stiftung Anerkennung und Hilfe“.



Kinder in der Gehörlosenschule Heiligenbronn im Jahr 1955. FOTO: KASENBACHERSTIFTUNG ST. FRANZISKUS

Dort können Betroffene Anerkennungsleistungen beantragen.

Das Landesarchiv leistet dabei Grundlagenarbeit. Erfahrungen hat man durch das „Projekt Heimerziehung“, in dem das Landesarchiv von 2012 bis 2018 Betroffene bei der Archivrecherche unterstützte, die Struktur der Heimerziehung im Land erforschte und wissenschaftlich aufbereitete. „Wir helfen, Nachweise und Akten zu finden“, so Pilz. „So können die Betroffenen Anträge stellen. Denn die Erfahrungen in den Heimen waren identisch.“

Auch hier reichte das Spektrum von Misshandlungen, Missbrauch über Essensentzug oder Essenszwang bis zur Medikamentisierung. „Die Betroffenen waren durch ihre Behinderung teilweise noch hilfloser“, so Pilz. Gemeinsam mit ihrer Kollegin erarbeitet sie für den Zeitraum eine Liste der Einrichtungen, die diese Kinder betreut haben. Eine erste Version wird im August vorgelegt und fortlaufend ergänzt.

„Von Januar bis Juni haben sich bereits 42 Menschen direkt an uns gewandt“, sagt Pilz. „Die Betroffe-

nen sind teilweise nicht in der Lage, selbst zu recherchieren, sei es aufgrund ihrer Behinderung oder weil sie traumatisiert sind.“ Den Menschen sei es auch wichtig, etwas über ihre eigene Geschichte und die Verantwortlichen zu erfahren.

## Projekt soll Öffentlichkeit für das Thema herstellen

Wissenschaftliche Recherche, Unterstützung, Aufarbeitung: Das wird im Projekt bis April 2022 geleistet. Finanziert wird es von der Baden-Württemberg Stiftung. „Dass es die Stelle an einem Landesarchiv gibt, ist bundesweit ein Unikum“, sagt Pilz. Es gehe auch darum, eine Öffentlichkeit für das Thema herzustellen. Am 18. September gibt es in Stuttgart eine Info-Veranstaltung, drei weitere sollen folgen.

„Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt: Wir finden für 90 Prozent der Betroffenen Nachweise, für 50 Prozent Akten. Die Erfolgsquote ist gut“, so Pilz. (bm)

## MEHR ZUM THEMA

Weitere Infos im Landesarchiv unter:  
[www.landesarchiv-bw.de](http://www.landesarchiv-bw.de)